

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE GWH**Amt/Eigenbetrieb:**

Gebäudewirtschaft Hagen

Beteiligt:

23 Fachbereich Immobilien, Wohnen und Sonderprojekte

Betreff:

Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zur Einbringung des Haushaltssicherungskonzeptes 2011 der Stadt Hagen

- "Energiebedarf der Stadt durch die Nutzung erneuerbaren Energien decken, die im Stadtgebiet gewonnen werden"

Beratungsfolge:

17.02.2011 Haupt- und Finanzausschuss

24.02.2011 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

Im Bereich der eigenen Immobilien setzt die Stadt Hagen bereits erneuerbare Energien ein, um den eigenen Wärmebedarf zu decken. Dies ist bei Neubauten aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich. So sind die neu errichteten Feuerwehrgerätehäuser Haspe-Tücking-Wehringhausen und Vorhalle sowie das Forsthaus Kurk mit Holzhackschnitzelanlagen ausgestattet.

Bei dem Neubau des Tierheimes an der Hasselstraße ist ebenfalls eine Biomasseheizanlage geplant.

Bei der Gesamtschule Haspe und dem Turnhallendach des Fichte-Gymnasiums sind Photovoltaikanlagen installiert, welche von Fördervereinen betrieben werden. Eine Anlage beim Christian-Rohlf-Gymnasium befindet sich in der Planungsphase. Betreiber ist hier ebenfalls der Förderverein. Im Emil Schumacher Museum kommen Geothermie und Photovoltaik zum Einsatz.

Die Stadt kann aufgrund Ihrer finanziellen Situation und den damit verbundenen Auflagen keine Investitionen tätigen, die nicht aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich sind.

Dennoch sollen zukünftig im Bestand erneuerbare Energien gewonnen werden, indem die Stadt Dächer unentgeltlich zur Verfügung stellt, um Dritten die Möglichkeit zu geben, auf eigene Rechnung und Verantwortung Photovoltaikanlagen zu errichten. Eine Liste infrage kommender Dächer ist bereits erstellt und erste Gespräche sind geführt worden.

Demnach wollen die Anbieter auf geeigneten Flächen Photovoltaikanlagen errichten und betreiben. Für die Nutzung dieser Flächen zahlt der Betreiber der Stadt eine Pacht bzw. die Stadt erhält einen Anteil an der Einspeisevergütung. Ein abschließendes Ergebnis der Prüfung liegt für die Ratskette 09.06.2011 vor.